



Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Existenz sichernde Arbeit gewährleisten - Mindestlohn einführen

Drucksache 16/ 2827 (neu)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag lehnt die Einführung von flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhnen ab. Durch die Einführung von Mindestlöhnen werden insbesondere gering qualifizierte Menschen bei hohem Lohnniveau immer weniger Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zur grundgesetzlich verankerten Tarifautonomie. Die Tarifautonomie sichert die Lohnfindung zwischen den Tarifparteien Arbeitgeber und Gewerkschaften. Die Einführung flächendeckender Mindestlöhne hingegen bedeutet den Ausstieg aus der grundgesetzlich verankerten Tarifautonomie.
3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Einführung eines Bürgergeldes zur Sicherung eines Mindesteinkommens einzusetzen.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion